Kopp/Arbenz : Verrat an einer humanitären Tradition

Autor(en): **Métral, Jean-Pierre**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **68 (1989)**

Heft 9-10

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-340768

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Kopp/Arbenz: Verrat an einer humanitären Tradition

Von Jean-Pierre Métral,
Zentralsekretär SPS

In ihrer Vernehmlassungsantwort auf den "Strategiebericht" für eine Asylpolitik der neunziger Jahre hat die Geschäftsleitung der SP Schweiz die Grundlagen einer echten Asylpolitik festgelegt und ebenfalls eine Anzahl konkreter Massnahmen zur Lösung der sich heute stellenden Probleme vorgeschlagen.

Ein wichtiger Teil des Berichts widmet sich der Analyse von Ursachen, die gewisse Menschen dazu bewegen, ihr Land zu verlassen. Damit liegt erstmals ein offizielles Dokument vor, das Dinge erwähnt, die unsere Partei seit Jahren betont (Einsatz für die Menschenrechte, Auswirkungen einer bestimmten Aussenwirtschaftspolitik u.a.). Das ist für uns sicher eine grosse Genugtuung. Es bleiben aber wichtige Divergenzen zwischen der SP und den Berichtsautoren einer Expertengruppe unter dem Vorsitz des Flüchtlingsdelegierten (DFW) Peter Arbenz selber. Sie verharren weiterhin bei ihrer rein zahlenmässigen Logik und versuchen das Flüchtlingsproblem auf ein einfaches Wanderungsproblem zurückzuführen und lehnen sich damit nota bene an Thesen an, die in ganz Europa von der Rechten vertreten wird, obwohl die Frage doch viel komplexer ist.

Diese Vereinfachung erklärt denn auch nicht, weshalb die Asylbewerber mehrheitlich nicht irgendwoher sondern aus ganz bestimmten und nicht sehr zahlreichen Ländern kommen (Türkei, Sri Lanka, Libanon, Iran, Aethiopien, etc.), in welchen entweder Krieg herrscht oder ethnische Minderheiten unterdrückt werden.

Die Vernehmlassungsantwort der SPS deckt zudem die offensichtlichen Widersprüche zwischen den asylpolitischen Zielen der Strategiegruppe und der effektiven tagtäglichen Asylpolitik auf: So empfiehlt man beispielsweise einen verstärkten Einsatz für die Menschenrechte, was an sich sehr lobenswert ist, und weiss umgekehrt doch nur allzugut, dass die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat sie stets hinter die Wirtschafts- und Handelsinteressen gestellt hat.

Der Bericht suggeriert auch eine restriktivere Waffenausfuhrpolitik, obwohl die Landesregierung es stets abgelehnt hat, beispielsweise die Kleinflugzeuge PC-7 oder PC-9 dem Waffenausfuhrverbot zu unterstellen, von denen alle Welt weiss, wie sie in vielen Ländern gegen die Zivilbevölkerungen eingesetzt werden. Die Türkei liefert uns heute bekanntlich am meisten Flüchtlinge, sie gehört aber auch zu den grössten Abnehmerländern unserer Waffenexportindustrie. Aber nirgends erwähnt die Strategiegruppe die hier offensichtlich bestehenden Zusammenhänge.

Auch im Kapitel über den Kurs der Asylpolitik erscheinen die gleichen Widersprüche zwischen plakatierten Zielen und effektiver Politik. Man gibt zwar vor, jene Personen aufzunehmen, die Hilfe benötigten, der DFW stellt aber gleichzeitig ein Paket von Abhaltemassnahmen auf die Beine, welches bewirkt, dass auch Personen mit Asylgründen abgewiesen werden. Während damit die offiziellen Grenzstellen (siehe Chiasso) praktisch blockiert werden, gibt man sich erstaunt, dass die Leute die Schweizer Grenze illegal überqueren.

Die SP Schweiz ist schliesslich über die Entwertung des Flüchtlingsbegriffs beunruhigt. Eine mangelhafte Analyse verhindert die Sicht auf die effektiven Fluchtgründe oder negiert sie sogar. Das führt zu so diskriminierenden Begriffen, wie "Wirtschaftsflüchtlinge" oder "unechte Flüchtlinge".

Die SPS erachtet es als dringend, jetzt mit der asylpolitischen Linie Kopp/Arbenz zu brechen und Bundesrat Arnold Koller zu helfen, eine neue Asylpolitik zu entwickeln. Dafür sollte es möglich sein, einen neuen politischen Konsens entstehen zu lassen, der auch die folgenden sechs Punkte umfassen könnte:

1. Die asylpolitische Praxis muss liberaler werden. Der Anteil akzeptierter Asylbewerber ist auf eine unakzeptables Niveau gefallen. Das ergibt sich nicht aus einem Wechsel des Typs von Asylbewerber, wie oft behauptet wird, sondern ist die Folge einer ausserordentlich harten Auslegung des

Asylgesetzes. Das ist umso schwerwiegender, weil in gewissen Bereichen das Gesetz schlicht nicht mehr respektiert wird.
2. Für eine Lösung für die Gewaltflüchtlinge. 38% der Asylbewerber flüchten vor Krieg und Repression, entsprechen jedoch nicht den Bestimmungen des Asylgesetzes. Ein Status für diese Leute ist unabdingbar nötig. Das würde das Verfahren entlasten und vereinfachen.
3. Das Verfahren muss schneller und funktioneller werden. Die SP beantragt ein neues Verfahrensmodell, das rationeller und funktioneller ist und dennoch die Rechte des Asylbewerbers beachtet. Es muss endlich möglich sein, einen qualifizierten Entscheid innerhalb von sechs Monaten (inkl. Rekurszeit) zu fällen.
4. Eine unabhängige Rekursinstanz ist unabdingbar. Das heutige System garantiert die Gewaltenteilung nicht. Die Schaffung einer unabhängigen richterlichen Rekursinstanz, brächte darüberhinaus eine gültige Rechtspraxis für die Zukunft.
5. Eine Lösung für die alten Gesuche. Kaum jemand bestreitet heute noch die Notwendigkeit, alte Gesuche in eine humanitäre Aufenthaltsbewilligung B umzuwandeln, wenn die Bewerber seit drei Jahren in der Schweiz sind und keine schwerwiegenden Gründe dagegen sprechen.
6. Keine Vermischung mit der Ausländerpolitik. Die SP und auch die Gewerkschaften opponieren einer Fusion des Asylrechts mit den Bestimmungen betr. ausländische Arbeitskräfte. Das sind zwei völlig unterschiedliche Bereiche. Die Idee eines "Migrationssaldos" ist völlig illusionär.

Die SP will die Asylpolitik im Geiste der humanitären Tradition der Schweiz wiederbeleben und wird sich auf die Suche nach politischer Unterstützung machen.

In der Vernehmlassung zur Störfallverordnung, die eigentlich zum Ziel hat "Schweizerhalle" und anderen *Katastrophen* vorzubeugen, hat die SP Schweiz daran erinnert, dass es hierzulande noch immer an einem griffigen Umwelt-Haftpflicht fehlt. Und in Sachen Gefahren der Gentechnologie verlangt die SP, dass nur wer die Ungefährlichkeit seiner Anlage nachweisen kann (Umkehr der Beweislast), derartige Labors überhaupt betreiben darf.

Die Frauen und die Jungen sollen künftig verstärkt in Expertengruppen des Bundes vertreten sein. Diese wunderbare bundesrätliche Antwort erhielt Helmut Hubacher auf seine entsprechende Frage im Sommer. Kaum gesagt, setzte die Landesregierung im Herbst eine neue Asylexpertengruppe ein, die es gerade auf eine einzige *Alibifrau* brachte. Die SP hat mit einem Pressecommuniquè nachdrücklich protestiert.

Der *Trend hat gekehrt*. Zuerst hatten wir verschiedenenorts stabilere Wahlergebnisse. Dann erkämpften die Neuenburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihre rot-grüne Mehrheit in der Regierung. Und nun haben wir auch in Lausanne eine ökosozialistische Mehrheit in Parlament und Regierung. Notabene auf Kosten der Freisinnigen. Es wird wieder besser. Dessen sind wir gewiss!

Die *Nachfolge* von Helmut Hubacher wird eifrig diskutiert. Vor allem in den Medien. Das Gute daran ist, dass man sieht, wie viele ausgezeichnete Persönlichkeiten diese Partei hat, die ob an der *Parteispitze* oder nicht, noch viel von sich reden machen werden. Die Geschäftsleitung der SP Schweiz hat das Thema gegen Jahresende auf die Traktandenliste gesetzt.

Neuestens sind das Zentralsekretariat der SPS und das Fraktionssekretariat mehr oder weniger *unter einem Dach* vereint. Seit Fraktionssekretär Felix Meier ins EDA gewechselt hat, betreut André Daguet als Leitender Zentralsekretär gleichezeitig auch die SP-Fraktion der Bundesversammlung. Das soll nun definitiv so bleiben. Die gute Zusammenarbeit zwischen Partei und Parlamentsmitgliedern wird so auch strukturell gestärkt.